

Kirche und Gesellschaft

Herausgegeben von der
Katholischen Sozialwissenschaftlichen
Zentralstelle Mönchengladbach

Nr. 332

Wolfgang Ockenfels

Auch Demokratie braucht Moral

J.P. BACHEM VERLAG

Die Reihe „Kirche und Gesellschaft“ will der Information und Orientierung dienen. Sie behandelt aktuelle Fragen u. a. aus folgenden Bereichen:

Kirche, Gesellschaft und Politik

Staat, Recht und Demokratie

Wirtschaft und soziale Ordnung

Ehe und Familie

Bioethik, Gentechnik und Ökologie

Europa, Entwicklung und Frieden

Die Hefte eignen sich als Material für Schule und Bildungszwecke.

Bestellungen

sind zu richten an:

Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle

Brandenberger Straße 33

41065 Mönchengladbach

Tel. 0 21 61 / 8 15 96 - 0 · Fax 0 21 61 / 8 15 96 - 21

Internet: <http://www.ksz.de>

E-mail: kige@ksz.de

Ein Prospekt der lieferbaren Titel sowie ein Registerheft (Hefte Nr. 1–250) können angefordert werden.

Redaktion:

Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle

Mönchengladbach

Erscheinungsweise: Jährlich 10 Hefte, 160 Seiten

2006

© J. P. Bachem Verlag GmbH, Köln

ISBN 3-7616-1904-9

Ein altes deutsches Vorurteil besagt, dass Politik ein „garstig Lied“ sei und den Charakter verderbe. Es dient vielen Bürgern als Vorwand, sich nicht mit dem angeblich „schmutzigen Geschäft“ der Politik abzugeben und sich der Demokratie zu verweigern. Das Schimpfen auf „die da oben“ hat Hochkonjunktur. „Politikverdrossenheit“ greift um sich und zeigt das große Unbehagen gegenüber bestimmten Defiziten der Demokratie.

Zur neuen Wertedebatte

In Deutschland bahnt sich wieder eine neue Wertedebatte an. Jedenfalls plädiert eine große Mehrheit der deutschen Führungskräfte in Politik und Wirtschaft für eine stärker „an Werten“ ausgerichtete Politik. Nach Auskunft des Allensbacher Instituts für Demoskopie halten es neun von zehn Befragten unserer Eliten für notwendig, politische Entscheidungen stärker mit Werten zu begründen. Aber mit welchen? Und wozu?

Über Werte redet man gern und oft, wenn sie einem abhanden gekommen sind. Dann stellt sich die „ewige Wiederkehr“ der Werte als periodische Wiederholung des öffentlichen Redens über Werte heraus. Man redet dabei über alles, was einem persönlich gerade wertvoll erscheint. Aber gerade dieser verwirrende Überfluss an subjektiven Wertschätzungen läuft auf einen Verlust objektiv verbindlicher Werte hinaus. Dieser wird zunächst als Vertrauensverlust wahrgenommen. Geschwunden ist namentlich das Vertrauen in die politische und wirtschaftliche Elite, die diesen Verlust natürlich am meisten beklagt und durch verstärkte Wertebeschwörung zu kompensieren versucht.

Um welche Werte geht es hier? Schon in den siebziger Jahren hatten wir eine „Grundwerte-Debatte“, die sich unterschwellig auch nach der Wiedervereinigung fortsetzte. Dabei ging es vor allem um die Frage, ob und wie weit der demokratische, weltanschaulich neutrale Rechtsstaat auch für den Bestand der moralischen Grundwerte Verantwortung zu tragen habe. Diese Frage wurde damals von der Mehrheit der Parteien und Wähler eher verneint. Dies hing wesentlich mit dem so genannten „Wertewandel“ zusammen, über den seit den 80er Jahren eine breite Diskussion entstand, die immer neue Auflagen erfuhr angesichts fortschreitender Individualisierung der Gesellschaft.

Solche Debatten deuten darauf hin, wie umstritten die metaphysischen, religiösen und moralischen Werte sind, die unsere Gesellschaft zusammenhalten sollen, wie ratlos die Leute, wie orientierungslos vor allem die Führungskräfte inzwischen geworden sind. Von einem „klaren

Wertekoordinatensystem“ (Renate Köcher) kann *de facto* keine Rede sein, auch wenn ein verbindlicher Wertekanon von vielen ersehnt wird. Freilich hat sich in vielen westlichen Demokratien jener „Relativismus“ der Werte verfestigt, den Papst Benedikt XVI. beklagt und überwinden will. Die Gefahr einer „Diktatur des Relativismus“ scheint sich auch auf die politische Ebene zu erstrecken und die Demokratie als Staatsform zu erreichen.

Die politische Ethik im christlichen Kontext einer wertgebundenen Demokratie steht heute vor einer zweifachen Herausforderung. Einerseits muss sie sich von jenen wertrelativistischen Tendenzen abgrenzen, die allein in der Mehrheitsregel ein Instrument zur Ermittlung und Durchsetzung von moralischen (und rechtlichen) Verbindlichkeiten erblickt. Zum anderen muss sie sich von jenen religiös-wertfundamentalistischen Positionen distanzieren, wie sie heute verstärkt in islamischen Ländern auftreten und eine freiheitliche Demokratie nicht zulassen.

Krisenerscheinungen

Aber kommen wir zunächst auf einige Krisenerscheinungen des demokratischen politischen Lebens in Deutschland zurück, welche die politische Wertfrage aufwerfen. Hierzu zählen u.a. schwindende Wahlbeteiligung, Mitgliederschwund bei den Parteien und mangelndes ehrenamtliches Engagement. Allerdings hat dieser Trend inzwischen fast alle gesellschaftlichen Institutionen erfasst, in denen dann auch das Bewusstsein vorherrscht, von einer allgemeinen Krise ergriffen zu sein. An diesem Krisenbewusstsein leiden etwa auch die Kirchen und die Gewerkschaften. Die Ursachen für das schwindende öffentliche Engagement in den westlichen Industriegesellschaften lassen sich in dem ausfindig machen, was Soziologen als „Wertewandel“ und „Individualisierung“ beschreiben, wozu es aber auch schon wieder Gegenbewegungen gibt.

Problematischer als der Rückgang des demokratischen Engagements ist wohl das rapide abnehmende Vertrauen der Bevölkerung in die Politik des Staates und der politischen Parteien. Nach repräsentativen Umfragen hat sich die Enttäuschung über alle politischen Parteien in den letzten zehn Jahren nahezu verdoppelt. Auch das Vertrauen in alle wichtigen demokratischen Institutionen ist in den letzten zehn Jahren deutlich gesunken. Was den Verfall der *persönlichen* Glaubwürdigkeit der Politiker betrifft, so ist das Ansehen dieser Berufsgruppe auf einem Tiefpunkt angelangt. Die am häufigsten mit dem Politikerberuf assoziierten Vor-

würfe sind heute: Unehrlichkeit, Bestechlichkeit, Eigennutz, Handlungsunfähigkeit und Unglaubwürdigkeit.

Dieses Negativ-Image verdanken die Politiker natürlich nicht nur ihrem eigenen Verhalten, sondern auch der Art und Weise, wie ihr Tun und Lassen öffentlich wahrgenommen wird – und *wie* darüber in den Medien berichtet, gewertet und diskutiert wird. Zweifellos lässt sich in der üblichen Medienberichterstattung ein wichtiger Faktor ausmachen, der das Unbehagen gegenüber den vermeintlichen oder tatsächlichen politischen Übeln noch verstärkt. Seit jeher verstehen sich die freien Medien und die kritischen Journalisten auch als Hüter der öffentlichen Moral und sehen in der Aufdeckung von Missständen eine wichtige Aufgabe. Dieses Rollenverständnis führt aber auch oft zu einem Negativismus, dem die „gute Nachricht“ nicht erwähnenswert – oder die Schilderung der Normalität als langweilig erscheint.

Andererseits ist es bei der zunehmenden Komplexität und globalen Interdependenz der politischen Sachprobleme überaus schwierig geworden, dem Publikum ein objektives, differenziertes Bild zu vermitteln, also zur Klärung der Unübersichtlichkeit beizutragen. Die notwendige Reduktion der Komplexität geschieht dann freilich oft auf dem Wege der Simplifizierung und Personalisierung politischer Zusammenhänge nach dem Motto: Warum gleich sachlich werden, wenn es auch persönlich geht. Die Kapitulation vor dem komplizierten Sachverhalt führt leicht zu einer emotionalen und moralisierenden Auseinandersetzung mit Personen. Beim Fernsehen herrscht überdies ein Visualisierungsdruck und Unterhaltungszwang vor, die es kaum zulassen, begrifflich unter die sichtbare Oberfläche zu dringen und die Wurzeln der Probleme auszugraben.

Sind die Politiker wirklich so schlecht, wie sie zu sein scheinen oder wie sie gemacht werden, oder sind bloß die moralischen Maßstäbe und Erwartungen zu hoch und einseitig angesetzt? Inzwischen beeilen sich die Politiker, ihr Image moralisch aufzubessern. „Politische Kultur“ ist wieder gefragt, regelmäßig vor allem im Wahlkampf, in dem Stilfragen entscheidend werden können. Dabei reagiert das sittliche Gefühl des Publikums besonders empfindlich auf die Umgangsformen der Politiker, während die moralische Qualität bestimmter politischer Sachinhalte weniger Aufmerksamkeit findet.

Man würde sich z.B. viel stärker moralisch entrüsten über einen Finanzminister, der bei einer Steuerhinterziehung ertappt worden ist, als über einen, der eine Steuerreform betreibt, die gravierende Ungerechtig-

keiten enthält. Im letzteren Falle liegen die Moral oder ihr Mangel weniger in der konkreten Person als vielmehr in einem abstrakten System, was die moralische Bewertung erheblich erschwert. Denn die Beurteilung eines komplexen Systems setzt zunächst die Kenntnis seiner Funktions- und Wirkungszusammenhänge voraus, bevor man moralische Kriterien der Gerechtigkeit und Solidarität anwenden kann. Gleiches gilt für die politischen Strukturprobleme, die uns heute besonders bedrängen, etwa die hohe Arbeitslosigkeit, die Erosion der Sozialversicherungen, die Standortfragen der Globalisierung – oder die wachsende Korruption. Diesen Problemstau, der sich hier seit Jahren gebildet hat, aufzulösen, ist nicht allein eine Frage der persönlichen Moral, der guten Absichten und Gesinnungen, sondern hängt mit komplexen Sachproblemen und umständlichen demokratischen Entscheidungsverfahren zusammen, die kurze Prozesse nicht zulassen.

Reale Bedingungen demokratischer Politik

Unterscheidung von Glaube und Politik

Wer sich mit politischen Anstandsformen und Sachproblemen moralisch auseinandersetzt, gerät ins bloße Moralisieren, wenn er keinen realistischen Begriff des Politischen und keinen klaren Blick für die realen Bedingungen und Möglichkeiten des politischen Handelns hat. Der religiöse Enthusiasmus und seine säkularisierte Kehrseite als ideologischer Fanatismus haben eines gemeinsam: Sie begünstigen den politisch unbedarften Moralisten, der von der Wirklichkeit abhebt und nach den Sternen der Utopie greift. Für den verantwortlichen politischen Realisten ist es hingegen immer ein Ding der Unmöglichkeit gewesen, den Himmel auf die Erde herunterholen und das Reich Gottes politisch herstellen zu wollen. Gescheiterte Versuche hierzu hat es in der Geschichte immer wieder gegeben, und man möchte gerne hoffen, dass das Zeitalter der Ideologien, die im 20. Jahrhundert entsetzliche Trümmerhaufen hinterlassen haben, endgültig vorbei sei. Der marxistische Realsozialismus war der Versuch, ein „Arbeiter- und Bauernparadies“ hervorbringen zu wollen, eine Art säkularisiertes Reich Gottes auf Erden, in dem aber der Mensch als Kollektiv die Stelle Gottes einnehmen wollte.

Konstitutiv für einen christlich geprägten, abendländischen und freiheitlichen Politikbegriff ist die Unterscheidung der „zwei Reiche“, des göttlichen und des weltlichen, sowie die Bescheidung des Politischen auf den weltlichen Bereich, der immer nur ein mangelhaftes Provisorium

bleibt. Diese erste abendländische Gewaltenteilung entwickelte sich vor allem seit dem „Investiturstreit“ (1077, Gang nach Canossa: Kaiser Heinrich IV. und Papst Gregor VII.) und hat überhaupt erst eine freiheitlich demokratische Ordnung in Europa ermöglicht. Sie bleibt *die* Grundvoraussetzung für eine nicht-totalitäre politische Form. Werden diese beiden Bereiche miteinander vermengt, entsteht ein explosives Gemisch, das wir heute als islamistisch in weiten Teilen der Welt kennen lernen. Gerade weil sich religiöse Hoffnung auf das politisch nicht machbare ewige „Heil der Welt“ bezieht und sich auch nicht mit der ideologischen Vision einer „heilen Welt“ ersatzweise abspesen lässt, kann sich demokratische Politik darauf beschränken und konzentrieren, eine staatsrechtliche Gemeinwohlordnung verantwortlich nach jenen Werten zu gestalten, die für alle Menschen, auch die Nichtgläubigen, gelten. Nach einem solchen Politikverständnis kann es nicht um die endgültige Realisierung letzter Glaubenswerte gehen, sondern immer nur um vorletzte Werte, die der sittlichen Vernunft *aller* Bürger zugänglich sind.

Politische Machtfragen

Konkrete Wirkung zeitigt dieser Einsatz für das zeitliche Wohl aller freilich nur auf dem Wege der „Macht“, etwas zu bewegen. Ob sie „von unten“ oder „von oben“ ausgeübt wird: Ohne Macht in irgendeiner Form lässt sich keine Politik machen, und wer als Moralist die Macht für etwas in sich Unanständiges hält, muss auf Politik verzichten, ohne ihr entrinnen zu können. Denn ein Vakuum der Macht zieht vor allem jene an, die sie missbrauchen. Allerdings ist in einer freiheitlichen Demokratie die politische Macht vielfältig geteilt und kontrolliert. Sie ist hierzulande so weit eingeschränkt, dass es wegen der föderalistischen Verfassung oft zu gegenseitigen Blockaden von Bundesrat und Bundestag gekommen ist. Und unser Wahlrecht enthält einen eingebauten Zwang zu Koalitionen, mithin also einen Zwang zu dauernden, oft langwierigen und faulen Kompromissen, die eine klare Wertausrichtung und konsequente Durchsetzung der Regierungspolitik erschweren.

Wer als einzelner Politiker kann heute noch machtvolle Entscheidungen treffen, souverän und maßgebend? Politikwissenschaftler haben inzwischen auf die „Sündenbockfunktion der Politik“ aufmerksam gemacht. Dem Politiker bleibt oft nur noch die Rolle dessen, der „Verantwortung trägt“, während die eigentlichen Entscheidungen in anonymen Gremien der Bürokratie, der Wissenschaft und der Interessenverbände gefällt werden. Hier werden ständig neue Kommissionen, Räte, Bündnisse und Ausschüsse gegründet, die meist die Probleme nicht lösen, sondern

durch Kompromisse verdecken oder auf die lange Bank schieben. Wenn sich die Ebenen von Entscheidung und Verantwortung derart voneinander entfernen, lässt sich eine erheblich verminderte persönliche Verantwortungsfähigkeit „der“ Politiker vermuten.

Kampf der Interessen

Dieser Umstand verdankt sich nicht zuletzt dem massiven Einfluss, den mächtige Interessenverbände auf die politischen Verantwortungsträger und Instanzen ausüben. Nicht die oft aufgebauchten Einzelfälle von Korruption sind hier das moralische Hauptproblem, sondern das Drohpotential einer möglichen Leistungsverweigerung und eines Loyalitätsentzugs. Arbeitgeberverbände können mit Investitionsverweigerung drohen und die Gewerkschaften mit Streik. Konfliktbereiten Interessenverbänden stehen sehr wirksame Waffen zur Verfügung, die sie gegen die demokratische Regierung richten können. Somit zeugt es schon fast von einer heroischen Moral und der Richtigkeit eines Vorhabens, wenn sich Politiker gegen den kompakten Widerstand der Interessenverbände durchsetzen und sich zum Anwalt derer machen, die kaum organisierbar und damit schwach vertreten sind: die Arbeitslosen etwa, oder Hausfrauen und kinderreiche Familien, auch Ungeborene und Behinderte. Sie können ihre berechtigten Belange kaum öffentlich artikulieren und machtvoll zur politischen Geltung bringen.

Die Politik ist also vom Kampf der Interessen durchdrungen und vom demokratischen Wettbewerb um die Macht hart geprägt. Unter diesen Umständen ist sie also eine „res dura“, eine harte Angelegenheit, und begünstigt bestimmte Verhaltensweisen, die moralisch zweifelhaft sind: Wie etwa den Egoismus der Gruppen, das Denken in Kategorien von Freund und Feind, aber auch eine Mehrheitsgläubigkeit, die keine Rücksicht auf die Rechte von Minderheiten nimmt. Offensichtlich erschwert schon der ständige Zwang zum Kompromiss eine reine und glaubwürdige Darstellung von moralischen Werten in der Politik.

Die Unterscheidung zwischen „gut“ und „böse“

Dennoch ist die moralische Frage unverzichtbar. Sogar der Machttheoretiker Machiavelli kam ohne Moral nicht aus, wenn er sie auch vor allem zur Bemäntelung fürstlicher Macht empfahl. Der Fürst, so meinte er, müsse nicht moralisch sein, sondern nur so erscheinen. Diese nicht nur in der Renaissance weit verbreitete Praxis stößt jedoch regelmäßig auf den Widerstand derer, die sich ein sensibles moralisches Gewissen be-

wahrt haben – oder selber Opfer politischer Willkür geworden sind. Wie jedes menschliche Handeln muss sich auch das politische, das nicht nur technische Sachfragen betrifft, moralisch bewerten und gestalten lassen. Aber was sind und woher beziehen wir die maßgebenden Wertkriterien und Tugenden?

Vor allem können sich Christen nicht mit einem gängigen Wertrelativismus anfreunden, der seine Kriterien aus einem jeweils demoskopisch erhobenen „Wertewandel“, einer bloßen Mehrheitsentscheidung oder einem gängigen Zeitgeist bezieht. So lässt sich, um zwei extreme Beispiele zu nennen, der *Archipel Gulag* nicht mit dem Hinweis auf den revolutionären Wertewandel von 1917 entschuldigen; oder gar Auschwitz mit dem gewandelten Zeitgeist von 1933 relativieren. Die Moral fragt nicht nach der „Normativität des Faktischen“, sondern fordert die Faktizität des Normativen. Und das ethisch Normative lässt sich nicht begründen auf das, was zufällig und empirisch greifbar vorhanden ist, sondern bezeichnet das Gute, das sein *soll*.

Die moralische Unterscheidung ist die zwischen „gut“ und „böse“ bzw. „schlecht“. Diese Unterscheidung setzt freilich einen orientierenden und Halt gebenden Maßstab voraus, der dem Wandel des Zeitgeistes und den Modeströmungen einigermaßen enthoben ist. Solche Maßstäbe finden sich in den geschichtlichen Erfahrungen eines Volkes, einer Kultur, aber auch und vor allem in den religiösen Traditionen und Glaubensgemeinschaften. Moralische Imperative spiegeln sich auch im unverfälschten Gewissen eines jeden Menschen, der spätestens dann, wenn er sich selber als Opfer böser Mächtschaften erfährt, zu ahnen beginnt, was eigentlich für alle positiv gelten sollte. Wer die Existenz universaler moralischer Werte anerkennt, wird das Ethische nicht mit dem Ästhetischen verwechseln können. Moralische Verantwortung achtet nicht bloß pragmatisch darauf, „was ankommt“, sondern fragt danach, „worauf es ankommt“, damit das Leben aller Menschen gelingen kann.

Das Sittengesetz als Maßstab

Diese bis heute umstrittene Grundfrage läuft für Christen auf die Alternative hinaus: Soll man sich an eine religiös begründete Moral halten, die nur für die Gläubigen gilt, aber doch gesamtgesellschaftlich-politisch wirksam werden soll? Oder soll man sich an ein allgemeingültiges Sittengesetz halten, das in der praktischen Vernunft bzw. im Gewissen verankert ist? Relativ unproblematisch, weil sowohl biblisch bezeugt als auch vernünftig einsehbar, ist das politische Handeln nach der „Golde-

nen Regel“: Was du nicht willst, das man dir tu’, das füg’ auch keinem anderen zu. Dasselbe hat Immanuel Kant mit seinem „Kategorischen Imperativ“ zum Ausdruck bringen wollen. Auf breite Zustimmung stoßen auch in einer säkularisierten Gesellschaft die *Zehn Gebote*, die für Juden, Christen und (eingeschränkt) auch für Muslime verbindlich sind – und so etwas wie eine „geronnene Menschheitserfahrung“ darstellen. Aus diesem Grunde haben vor einigen Jahren die katholischen und evangelischen deutschen Bischöfe in einer gemeinsamen Stellungnahme die Zehn Gebote für die Politik konkretisieren können.

Anders steht es freilich mit einigen radikalen und rücksichtslos klingenden Forderungen der „endzeitlichen“ Ethik Jesu, die sich nicht als soziale oder politische Ethik versteht und auch keine allgemeine Gesetzesethik darstellt. So lassen sich etwa die Gebote des Schuldenerlassens und der grenzenlosen Vergebungsbereitschaft – wie auch die Verbote des Zürnens, des begehrliehen Blickes, und des Schwurs, nicht als politische Normen verallgemeinern oder gar mit rechtlichen Zwangsmitteln durchsetzen. Denn diese Anforderungen richten sich an einzelne Gläubige, die ihnen nur entsprechen können, wenn ihr Handeln zuvor durch Gnade ermöglicht wurde.

Eine Politik, die auf Glaube und Gnade aufbaut, ist vielleicht in einem Kloster möglich, aber auch dort nur eingeschränkt. Das politische Ordnungshandeln in einer weitgehend säkularisierten und pluralisierten Großgesellschaft kann sein Maß nicht an der Bergpredigt nehmen, mit der sich, wie Bismarck bemerkte, kein Staat machen lässt. Wie verderblich für die Politik und wie diskreditierend für den Glauben sich eine politisch-fundamentalistische Glaubensethik auswirken kann, wird gegenwärtig in einigen islamischen Staaten sichtbar. Aber auch in einigen christlichen (evangelikal) Kreisen machen sich hier und da Tendenzen bemerkbar, die eine integralistische Vereinnahmung der Demokratie zu betreiben versuchen.

Besinnung auf die christlichen Grundwerte

Was bleibt nun nicht nur für Christen, sondern für alle Bürger in der demokratischen Politik verbindlich – und worin sollen sie sich moralisch bewähren? Diese Frage ist nicht leicht zu beantworten. Eine allgemeinverbindliche Antwort müsste ziemlich abstrakt ausfallen, ohne andererseits völlig inhaltsleer zu sein. Denn moralisch-normative Werte sollen ja lediglich eine Orientierung bieten und die Richtung anzeigen, in der nach konkreten Lösungen zu suchen ist. Die kommunikative Suche nach

für alle tragbaren Lösungen setzt jedoch bereits die allgemeine Beachtung von Grundwerten voraus, ohne die ein gesellschaftlicher Diskurs nicht gelingen kann. Diese Grundwerte müssen der Natur des Menschen entsprechen und dürfen nicht beliebig postuliert werden. Sie sind der Gesellschaft vorgegeben, also Voraussetzungen und nicht erst Folgen einer gesellschaftlichen Kommunikation oder Übereinkunft. Man kann sich z.B. nicht mit anderen über den Grundwert der Wahrheit verständigen, wenn man sich nicht bereits während des kommunikativen Prozesses an die Wahrheit hält. Mit notorischen Lügneren ist eine Verständigung unmöglich. Dasselbe gilt auch für die Grundwerte der Gerechtigkeit, der Liebe (bzw. Solidarität) und der Freiheit. Eine konkrete Vereinbarung über sie ist nur dann möglich, wenn bereits gerechte, solidarische und freie Gesprächsbedingungen herrschen. Diese Grundwerte lassen sich auch als Friedenswerte auffassen, ohne deren Beachtung kein Konsens, kein sinnvoll geordnetes Zusammenleben innerhalb einer Gesellschaft und zwischen den Staaten möglich ist.

Neu sind diese vier Grundwerte gewiss nicht. In seiner Enzyklika „Pacem in terris“ (1963) hat Johannes XXIII. seine Friedenslehre auf eben jene Werte aufgebaut: Wahrheit, Gerechtigkeit, Liebe und Freiheit. Sie kommen einem von Kindesbeinen an ziemlich bekannt vor. Schon ein gedeihliches Familienleben hängt nämlich von jenen gelebten Werten und Tugenden ab, die – praktisch eingeübt – zur „zweiten Natur“ werden: Wenigstens als selbstkritische, das persönliche Gewissen schärfende Fragen, die uns den bleibenden Abstand zwischen dem moralischen Anspruch und der oft miserablen Faktizität ständig vor Augen führen. Wenn sie in Frageform vorgetragen werden, entfalten die moralischen Grundwerte ihr notwendig kritisches Potential. Eine Verwechslung mit der vermeintlich „normativen Kraft des Faktischen“ ist dann nicht mehr so leicht möglich.

Obwohl von der Französischen Revolution verstümmelt und verbogen, gehören diese Grundwerte zum christlichen und abendländischen Kanon. Andererseits könnte man im Anklang an Heraklit oder Darwin geschichtsmetaphysisch behaupten: Nichts ist beständiger als der Wandel, in dem alles, auch die schönsten Werte, zu zerfließen scheint. Nach der Logik dieses Wertewandels, der das Bewusstsein der Bevölkerung prägt, gehört die „Umwertung aller Werte“ zum normalen Spiel jener Kräfte, die ihren individuellen Nutzen maximieren wollen: Aus Wahrheit wird Ehrlichkeit, Gerechtigkeit degeneriert zur Gleichheit, Liebe vermindert sich zu Solidarität und Sex, und Freiheit wird mit Selbstverwirklichung verwechselt.

Die Rede vom „Wertewandel“ wurde aber schnell trivial, als man die Werte oder Wertvorstellungen, die sich wandelten, nicht mehr klar definieren – und den Wandel der Werte nicht mehr bewerten konnte. Gibt es einen Wertmaßstab, mit dem wir den Wandel moralischer Werte bewerten können? Das müsste ein Maßstab sein, der selber dem geschichtlichen Wandel einigermaßen enthoben, universal und reziprok gültig ist, damit man geschichtliche und kulturübergreifende Verhaltensweisen angemessen beurteilen kann. Gäbe es einen solchen Wertmaßstab nicht, wären Kannibalismus, Kindermord und Folter nicht zu verurteilen.

Die klassischen Grundwerte beginnen mit der Wahrheit und geben damit eine „Hierarchie der Werte“ zu erkennen. Allerdings lässt der heutige Pluralismus bereits Schlüsse auf die gängige Behandlung der Frage nach der Wahrheit zu. Die alte *Pilatus-Frage* „Was ist Wahrheit?“ wird heute meist ausgeklammert. „Postmoderne“ Philosophen scheinen nur individuelle Wahrheiten als subjektive Interpretationen zuzulassen. Und was die *wahre* Freiheit (Gerechtigkeit, Liebe) bedeutet, ist fraglicher denn je. Dabei ist der Wahrheitsanspruch nicht erst Ergebnis, sondern Voraussetzung jeder Kommunikation. Wie wäre sonst ein Dialog mit dem Islam (und anderen Weltreligionen) möglich? Das Dilemma eines globalen Dialogs in Sachen Grundwerte scheint gegenwärtig kaum auflösbar zu sein. Man kann sich mit „den anderen“ nicht über die wahren Grundwerte verständigen, wenn nicht schon in der Kommunikation diese Wahrheit praktiziert wird.

Letztlich sind die Grundwerte in der Menschenwürde – und diese in der Gottebenbildlichkeit begründet – und erhalten von dort her ihr Maß und ihre Verbindlichkeit. In der personalen Würde und Freiheit des Menschen liegt auch der Grund für seine unveräußerlichen Rechte, die allerdings verbunden sind mit den entsprechenden Pflichten, die Rechte anderer zu respektieren. Ob die konkreten politischen Forderungen und Strukturen, die sich auf diese Werte, Rechte und Pflichten berufen, notwendig aus ihnen folgen, kann hier und dort bestritten werden. Es gibt schließlich mehrere Wege, auf denen man ein Ziel erreichen kann. Auch Umwege. Dass man sich möglicherweise auf Abwegen oder Holzwegen befindet, stellt sich oft erst nachträglich heraus. Darum gehört die Möglichkeit von Kurskorrekturen und kritischen Einwänden wesentlich zu einer moralisch verantwortbaren Demokratie.

Christliche Wertverantwortung

Ohne die Beachtung der Werte scheinen Dialog und Kooperation, also der Friede zwischen den Kulturen, kaum möglich zu sein. Die Frage ist schließlich, ob wenigstens die Kirche im globalen Wirrwarr der Werte zur Klärung und Verständigung beitragen könnte.

Die öffentlichen Bereiche von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft werden in ihrer krisenhaften Erschütterung gegenwärtig zunehmend mit Sinn- und Wertfragen konfrontiert, auf die der gewöhnliche Pragmatismus keine Antwort zu geben vermag. Auf die vielfältigen Anfragen reagiert der postmoderne Markt der Möglichkeiten mit zahlreichen Angeboten von Sinn und Unsinn, die inzwischen ins Unübersichtliche gewuchert sind und die Orientierungslosigkeit eher noch verstärken. Zweifellos haben sich die religiösen Bindungen der Grundwerte immer mehr gelockert, auch der menschliche Lebenswert ist ins Wanken geraten und hat an Plausibilität eingebüßt.

In dieser zu Beliebigkeit und Willkür tendierenden Situation der Pluralität von Wertvorstellungen, die sich auch noch ständig wandeln, haben es die Kirchen nicht leicht, die klassischen Werte und Tugenden zu vermitteln. Ja sie sind gelegentlich selber ratlos und unsicher, den durch sie überlieferten Werten eine zeitgemäße Fassung, eine konkrete Form und einen verbindlichen Ausdruck zu geben. Als Sinnvermittlungsinstanzen haben die Kirchen ernstzunehmende Konkurrenz bekommen, besonders in den elektronischen Bildmedien, die den Lebensstil immer stärker bestimmen.

Stellungnahmen der katholischen Weltkirche zu politisch-ethischen Ordnungsfragen sind eher selten. Das hängt gewiss auch damit zusammen, dass das kirchliche Lehramt nicht den Eindruck erwecken will, in die Macht- und Interessensphäre demokratischer Politik autoritativ zu intervenieren und im Streit der politischen Parteien selber zur Partei zu werden.

Freilich ist nicht zu verkennen, dass der gesellschaftliche Pluralismus und die politische Demokratie weltweit vor großen Problemen stehen und mancherorts auch krisenhaft erschüttert sind. Die mit den (post)modernen Phänomenen der Individualisierung und Pluralisierung zusammenhängenden Probleme lassen einen Mangel an allgemeinen Sinn- und Wertstrukturen erkennen: Der sinnstiftende Zusammenhang des Pluralismus schwindet und die Grundwerte, von denen die Demokratie lebt und auf die sie ausgerichtet sein soll, geraten in Vergessenheit. Darum ist es sinnvoll und sogar notwendig, dass sich das kirchliche

Lehramt zu diesen Fragen äußert und dabei jene Werte in Erinnerung ruft, von denen der Bestand einer menschenwürdigen Gesellschaft auch politisch abhängt.

Die von Joseph Kardinal Ratzinger verfasste Stellungnahme der Glaubenskongregation aus dem Jahr 2002 trägt den Titel „Lehrmäßige Note zu einigen Fragen über den Einsatz und das Verhalten der Katholiken im politischen Leben“. Sie wendet sich „in besonderer Weise an die katholischen Politiker sowie an alle gläubigen Laien, die zur Teilnahme am öffentlichen und politischen Leben“ berufen sind, und zwar weltweit. Damit respektiert die Kirche die „Arbeitsteilung“ zwischen Klerus und Laien. Es sind die Laien, die als kompetente Fachleute in konkreten politischen Sachbereichen „autonom“ wirken. Das politische Engagement lässt sich freilich nicht von den religiösen und moralischen Grundlagen ablösen. Und besonders von katholischen Politikern ist zu erwarten, dass sie sich nicht rein pragmatisch oder nach Nützlichkeitsabwägungen verhalten, sondern ihr Gewissen strapazieren.

Das römische Dokument will zur politischen Gewissensbildung anregen und damit die politische Praxis auf grundlegende ethische Orientierungen hinweisen. Es erinnert uns zunächst an Thomas Morus, den Patron der Regierenden und der Politiker. Dieser Heilige richtete sich auch im politischen Leben nach seinem Gewissen – und wurde dafür hingerichtet. Mit seinem Martyrium bezeugte er, dass es auch in der Politik zuweilen um Gewissensentscheidungen geht, die keinen bequemen Kompromiss zulassen.

Wider den Relativismus

Gegenwärtig wächst die Gefahr eines sehr problematischen ethischen Pluralismus, der auf eine völlige Relativierung und Auflösung zentraler Prinzipien hinausläuft. Angesprochen ist hier der Kernbereich absolut und universal gültiger Prinzipien, die im Glauben wie auch im natürlichen, d.h. der Vernunft zugänglichen Sittengesetz verankert sind. Zu den moralischen Prinzipien, die „keine Abweichungen, Ausnahmen oder Kompromisse irgendwelcher Art zulassen“ zählen vor allem die Verbote der Abtreibung und der (aktiven) Euthanasie. Von daher sollte es eigentlich für Katholiken – und nicht nur für sie – selbstverständlich sein, sich für das „vorrangige Recht des Menschen auf Leben von seiner Empfängnis bis zu seinem natürlichen Ende“ (Nr. 4, S. 6) schützend einzusetzen. Und zwar gerade auch in Politik und Gesetzgebung. Wo der an sich absolut gebotene Lebensschutz auf gesetzlicher Ebene bereits unter-

laufen wurde, bleibt es freilich erlaubt, auf dem Weg des parlamentarischen Kompromisses zu einer Schadensminimierung beizutragen.

In der aktuellen bioethischen Debatte kommt es vor allem auf den Schutz menschlicher Embryonen an, die nicht als bloße Objekte wissenschaftlicher Forschung und medizintechnischer Verwertung herabgewürdigt werden dürfen. Unaufgebbar sind überdies die naturrechtlichen Forderungen, Ehe und Familie zu schützen, das Erziehungsrecht der Eltern zu wahren, die Religionsfreiheit zu gewährleisten sowie den Frieden zu fördern.

Hierbei handelt es sich keineswegs um „konfessionelle Werte“, die nur für Katholiken oder Christen gelten und die in der „Laizität“ einer säkularen pluralistischen Gesellschaft bedeutungslos wären. Vielmehr lebt auch die Autonomie der politischen Sphäre, um menschlich zu bleiben, von der Anerkennung jener prinzipiellen Wahrheiten, die im menschlichen Wesen, d.h. im natürlichen Sittengesetz aufleuchten. Diese Wahrheiten sind der beste Schutz gegen Utopien und Ideologien, die schon in den letzten Jahrhunderten so viel Unheil angerichtet haben. Sie verpflichten namentlich die Katholiken, die nicht nur privat, sondern auch öffentlich und politisch, nicht nur in ihren konfessionellen Gruppierungen, sondern in ökumenischer Öffnung und Zusammenarbeit für diese Wahrheit Zeugnis ablegen. Es ist die Wahrheit, die uns frei macht. Dadurch können wir einen wesentlichen Beitrag zur Sinnerfüllung des Pluralismus und zur Bewältigung gegenwärtiger Krisen leisten.

Die Annahme jedoch, bei den Berufspolitikern handele es sich um die negative Auslese einer Bevölkerung, die sonst nur aus Tugendbolden besteht, ist kaum haltbar. Wie viel Moral sich ein Politiker leisten kann, hängt nicht zuletzt von den wertbewussten Bürgern und Wählern ab. Heilige in der Politik sind ziemlich selten, also Persönlichkeiten wie Thomas Morus und Nikolaus von der Flüe. Leider sind Politiker, nüchtern betrachtet, eher Abbilder als Vorbilder einer Gesellschaft, die sie demokratisch gewählt hat. Insofern scheint jedes Volk die Politiker zu haben, die es verdient – und jene Form der Demokratie, die zu ihm passt. Um so notwendiger ist ein kritisch-konstruktives Korrektiv namens Kirche, die innerhalb der Demokratie für jene moralischen Werte wirkt, welche die Demokratie auf Dauer stabilisieren, die aber die Demokratie nicht selber hervorbringen und garantieren kann.

Literaturhinweise

Kongregation für die Glaubenslehre: Lehrmäßige Note zu einigen Fragen über den Einsatz und das Verhalten der Katholiken im politischen Leben. Verlautbarungen des Apostolischen Stuhls Nr. 158, hrsg. vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Bonn 2002.

Wolfgang Ockenfels, Politisierter Glaube? Zum Spannungsverhältnis zwischen Katholischer Soziallehre und Politischer Theologie. Sammlung Politeia Bd. XXXIII., Bonn 1987.

Joseph Ratzinger, Werte in Zeiten des Umbruchs. Die Herausforderungen der Zukunft bestehen, Freiburg 2005.

Bernhard Sutor, Politische Ethik, Paderborn (2. Aufl.) 1992.

Arthur F. Utz, Sozialethik, V. Teil: Politische Ethik. Sammlung Politeia Bd. X/5, Bonn 2000.

Zur Person des Verfassers

Dr. phil. Dr. theol. habil. Wolfgang Ockenfels ist Professor für Christliche Sozialwissenschaft an der Theologischen Fakultät Trier und Chefredakteur der Zeitschrift „Die Neue Ordnung“.